



## Niederschrift

### 84. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 27.02.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE
Frau Knoblich, Hannelore	SPD
Herr Kümmel, Harald	SPD 17:50 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD bis 18:15 Uhr
Herr Heinzl, Horst	CDU
Frau Paulsen, Bettina	CDU
Herr Schröder, Michael	CDU
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis ab 17:17 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere

#### Nicht anwesend sind:

Herr Mühlberg, Andreas	SPD entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1	Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Fischer, GB 2	Frau Kosel, Personalrat
Frau E. Müller, GB 3	Herr Albrecht, Regiebetrieb Luftschiffhafen
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4	Herr Richter, KIS
Herr Buchholz, Stadtwerke Potsdam	Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam	Frau Ziegenbein, Schriftführerin
Herr Buchholz, EWP	Herr Zeretzke, Bereich Beteiligungsmanagement
Herr Graf, Kita-Ausschuss	
Herr Nowak, Marienschule	
Herr Pfennig, Schule 33	
Herr Hohn, Hoffbauer-Stiftung	
Herr Dr. Plentke, Oberlinhaus	
Herr Dr. Henrich, Stadtsportbund	
Herr Ulbrich, Wohnheim Sportschule	

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.02.2008
- 2 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)  
Vorlage: 07/SVV/0814  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 2.1 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)  
Vorlage: 08/SVV/0166  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3 Luftschiffhafen  
Vorlage: 07/SVV/1060  
Fraktion SPD
- 4 Vergabeverfahren Gebäude Espengrund-Gymnasium  
Vorlage: 07/SVV/1109  
Fraktion DIE LINKE
- 5 Schulstandort für die Hoffbauer-Stiftung  
Vorlage: 08/SVV/0054  
Fraktion CDU  
B/Sp. 20.02.
- 6 Straßenbenennung in 14469 Potsdam - B-Plan 65 - Ruinenberg-Kaserne  
Vorlage: 08/SVV/0127  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 7 Besetzung der Stelle 214 411 01 - Hausmeister/in der Sportschule auf dem Sportareal Luftschiffhafen  
Vorlage: 08/SVV/0143  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Verwaltungsreform - Vorschlag zur Bündelung von Einzelvorhaben aus HA 12.12.08 - TOP 3.3
- 8.2 12. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/0076  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 8.3 Sozialrabatt beim Strom  
Vorlage: 08/SVV/0069  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 8.4 Garagenstandortkonzept  
Vorlage: 08/SVV/0073  
Oberbürgermeister, KIS
- 9 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.02.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Punkt 7, Besetzung der Stelle Hausmeister/in der Sportschule auf dem Sportareal Luftschiffhafen, DS 08/SVV/0143, zurückzustellen und unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ Informationen zum Bodenreformland, zur Biosphäre und zum Vorhaben Augusta-Stift aufzunehmen.

Herr Schröder bittet, Äußerungen zum Tagesordnungspunkt 4, die Ausschreibungs- bzw. vergaberechtlich relevant sind, im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Gegen die vorgeschlagene Änderung und die Erweiterungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 83. Sitzung vom 13.02.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

#### **zu 2 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059) Vorlage: 07/SVV/0814**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Fischer verweist eingangs auf die bereits erfolgte Behandlung dieses Antrags im Ausschuss für Bildung und Sport. Nach einer weiteren Diskussion im Hauptausschuss am 28. November 2007 wurde die Entscheidung vertagt, um eine weitere Prüfung des Anliegens hinsichtlich einer zu erwartenden Gerichtsentscheidung für den Landkreis Uckermark vorzunehmen. Im Ergebnis, so Frau Fischer, bleibe die Verwaltung dabei, den Antrag des Ortsbeirates Groß Glienicke zur Ablehnung zu empfehlen, da sich an der Sachlage und der bisherigen Argumentation nichts geändert habe, was in der Mitteilungsvorlage 08/SVV/0166 ausführlich dargestellt sei.

Herr Dr. Gunold verweist anschließend auf die vom Land Brandenburg diesbezüglich angekündigten Änderungen und empfiehlt, diese in eine Entscheidung mit einzubeziehen, da sie den Intentionen des Antrages aus Groß Glienicke entsprechen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es bezüglich der Finanzierung

aber den Unterschied gebe, dass die entstehenden Kosten im Antrag des Ortsbeirates durch die Stadt zu tragen seien und ansonsten vom Land. Deshalb empfehle er, den Antrag so lange zurückzustellen, bis die Änderungen des Landes konkret vorliegen.

Herr Schüler meint, dass es schwer zu kommunizieren sei, wenn die Stadtverordnetenversammlung beschließe, "nichts zu machen." Deshalb befürworte er den Vorschlag einer Zurückstellung bis zur Präzisierung des Vorschlags. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich ein Beschluss auch mit der jetzigen Rechtslage „nicht beißen“ würde, denn er habe die Sorge, dass das Anliegen „vor sich her geschoben“ werde. Der Vorschlag der Landes-SPD sei bisher eine „freie Überlegung“ und die dafür vorgesehene Summe nicht besonders hoch. Deshalb meine er, dass letztlich die Kommunen für die Umsetzung verantwortlich sein werden.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die o.g. Drucksache **Ende Mai** erneut **aufzurufen**, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 2.1 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)**

**Vorlage: 08/SVV/0166**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

zur Kenntnis genommen

**zu 3 LuftschiFFhafen**

**Vorlage: 07/SVV/1060**

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist auf die Festlegungen in der Sitzung des Hauptausschusses vom 30. Januar 2008, einen Bericht zur Entwicklung des LuftschiFFhafens unter Leitung des Regiebetriebes zu geben sowie die Darstellung der Bedingungen für eine Auslagerung.

Anschließend beantragt Herr Dr. Scharfenberg das Rederecht für Herrn Dr. Henrich vom Sportbund Potsdam e.V., wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Frau Fischer erläutert an Hand visueller Darstellung die Ausgangssituation im Jahr 2005 für den Regiebetrieb, dessen Zielstellungen, Erfolge und weiteren Vorhaben. Sie verweist dabei auf einen Investitionsbedarf für die nächsten 5 Jahre in Höhe von 23,7 Millionen Euro, von denen die Stadt allein 8,7 Millionen Euro selbst aufbringen müsste. Daran anschließend erläutert Herr Exner, dass die bis 2011 benötigten 5,5 Millionen Euro im Investitionshaushalt der Stadt nicht darstellbar seien und darüber hinaus zu Lasten anderer Investitionen gehen würden. Er erläutert ebenfalls an Hand visueller Darstellung alternative Finanzierungsmaßnahmen bei der Variante „Eigenbetrieb“ und der Variante „GmbH“ unter Einbeziehung der notwendigen Entwicklung der „Marke LuftschiFFhafen“. Im Ergebnis dessen empfehle die Verwaltung die Pro Potsdam als künftigen Betreiber.

Anschließend nimmt Herr Dr. Henrich das beantragte Rederecht wahr und informiert über eine Beratung der am LuftschiFFhafen ansässigen Vereine. Im Ergebnis der Beratung haben diese 7 Thesen verabschiedet, die bei einer privatwirtschaftlichen Lösung zu berücksichtigen seien. Diese liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses in einer entsprechenden Mitteilung des Stadtsportbundes vor. Er betont im Weiteren, dass ein kompetenter Betreiber und Entwickler mit entsprechenden Erfahrungen im Facility-Management dringend benötigt und die Mitbestimmung der Sportler vertraglich festgelegt werde.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass diese Drucksache einschließlicH des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE seit Dezember vergangenen Jahres im

Geschäftsgang und die Verwaltung seitdem damit konfrontiert sei. Die jetzt gegebenen Informationen hätten die Stadtverordneten viel früher und schriftlich in die Hand bekommen müssen und deshalb bitte er, die Folien schriftlich auszureichen. Die Ergebnisse des Regiebetriebes zeigen, dass hier eine gute Arbeit geleistet wurde, diese Form nun aber am „Ende“ sei. Die Stadt habe nicht nur eine sondern zwei Möglichkeiten der Auslagerung, so dass er neben der Pro Potsdam auch die Stadtwerke in die Prüfung und Überlegung einbezogen wissen wolle. Er gibt zu bedenken, dass auch die städtischen Gesellschaften nicht das „Füllhorn ausschütten“ könnten und fordert, die nächsten Wochen zur Fixierung der Modalitäten zu nutzen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Vorträge in einer entsprechenden Textform dem Protokoll beizufügen. Er betont, dass neue Formen für die Entwicklung des Luftschiffhafens erforderlich seien und Herr Exner die „Richtung“ dafür deutlich gemacht habe. Eine definitive Entscheidung sei jedoch auf Grund der bisherigen Informationen kaum möglich und deshalb schlage er eine Zurückstellung und Diskussion mit dem Haushaltsentwurf für 2008 vor. Bezüglich der Investitionen gebe es keine Dispositionsmöglichkeiten, weil auch die anderen Vorhaben keinen Aufschub dulden.

Frau B. Müller bittet, in den Anlagen farblich zu kennzeichnen, welche Gebäude abgerissen werden bzw. wurden.

Herr Schubert bedankt sich in seinen Ausführungen für die geleistete Arbeit des Regiebetriebes und spricht sich für eine umfassende Prüfung aller Möglichkeiten – auch der Übertragung an die Stadtwerke – aus; aus seiner Sicht sei die Pro Potsdam allerdings prädestinierter dafür. Er schlägt vor, ein entsprechendes Gremium zu schaffen, um dem Sport die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden. Herr Schüler merkt kritisch an, dass ihm die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung gefehlt habe. Man müsse die Risiken und Kosten kennen, die dauerhaft für den städtischen Haushalt entstehen. Dies, so der Oberbürgermeister, werde den Unterlagen für das Protokoll beigelegt.

Frau Paulsen führt aus, dass die Fraktion CDU eine Entwicklung in Richtung Pro Potsdam für die bessere halte und ihrer Fraktion eine Zieldefinition zur „Marke Luftschiffhafen“ fehle, da so nicht genau zu erkennen sei, in welche Richtung das gehe. Die CDU empfehle, auch über private Mitgesellschafter nachzudenken.

Herr Schliepe bittet, in die Prüfung nicht nur die Pro Potsdam, sondern auch die Stadtwerke einzubeziehen. Auffallend sei der Trend, wenn das Geld der Stadt nicht reiche, nach einer Privatisierung zu „rufen“. Das bedeute aber, dass der Einfluss der Stadt immer geringer werde.

Frau Bankwitz bedankt sich für die vorgetragenen Informationen und sieht die Möglichkeit für eine Entscheidung am heutigen Tag ebenfalls nicht gegeben. Da die Stadtwerke mit dem Bäderbetrieb bereits eine nicht zum Gesellschaftszweck gehörende Tätigkeit übernommen habe, könne man auch eine Zusammenführung von Bäderbetrieb und Luftschiffhafen prüfen. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es eine Präferenz für die Pro Potsdam gebe, die sich aus dem Haushalt ablesen lasse, antwortet der Oberbürgermeister, dass auf jeden Fall die Notwendigkeit einer Auslagerung abzulesen sei. Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob beide Varianten, also Pro Potsdam und Stadtwerke, noch möglich seien, bejaht der Oberbürgermeister.

**zu 4 Vergabeverfahren Gebäude Espengrund-Gymnasium**  
**Vorlage: 07/SVV/1109**  
Fraktion DIE LINKE

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Marienschule aus der Dezember-Sitzung auf Grund des Urteils des OLG Düsseldorf nicht mehr umsetzbar sei, da es drei Bewerber für den Standort gebe. Darüber hinaus sei es für seine Fraktion wichtig, dass eine Entscheidung auch unter Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung der Stadt getroffen werde. Er meine, Freie Schulen sollten das Angebot staatlicher Schulen ergänzen und nicht mit ihnen konkurrieren. Deshalb habe die Fraktion auch das Rederecht für die drei potenziellen Bewerber beantragt. Er habe zur Kenntnis genommen, dass das problematisch sei, weil damit das Vergabeverfahren angreifbar wäre. Auf Grund des Urteils des OLG Düsseldorf sei nun der Beschluss-text mit folgendem Wortlaut modifiziert worden:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zügig die Voraussetzungen für die Ausschreibung des Gebäudes des Espengrund-Gymnasiums zu schaffen. Bei der Ausschreibung sind die Erfordernisse der Schulentwicklungsplanung in den Mittelpunkt zu stellen.*

*Zugleich ist zu sichern, dass die weitere Entwicklung des Schulstandortes in verträglichem Maße erfolgt.*

*Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Bildung und Sport sind unmittelbar in das weitere Vorgehen einzubeziehen.*

Herr Schubert verweist darauf, dass es mit der Grundschule am Griebnitzsee 4 Bewerber gebe und keinem der Träger verboten werden könne, sich am Standort Babelsberg anzusiedeln. Die Staatliche Schule werde mit einer Einschränkung privater Schulen nicht besser. Er meine, der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus der Dezember-Sitzung gelte nach wie vor und die Verwaltung müsse prüfen, wie damit umzugehen sei; ansonsten müsse der Beschluss aufgehoben werden.

Herr Schröder kritisiert, dass die Fraktion DIE LINKE versuche, den Beschluss zur Marienschule zu unterlaufen und sich deshalb auf die Schulentwicklungsplanung berufe. Derzeit, so meine er, sei gar keine Entwicklungsrichtung der Schulentwicklungsplanung erkennbar und außerdem berücksichtige diese nur die Entwicklung Staatlicher Schulen. Das Paket sei nur aus vergaberechtlichen Gründen wieder „aufzuschnüren“, was im Übrigen auch für den Schulstandort für die Hoffbauer-Stiftung zutrefe; auch hier sei der Beschlusstext zu ändern. Herr Schüler fordert die Fraktion DIE LINKE auf, doch konkret zu sagen, was sie wolle. Sie wolle aus seiner Sicht die Ansiedlung der Marienschule an diesem Standort verhindern. Er halte den Antrag für nicht zustimmungsfähig, denn es gebe bereits einen, der auch nicht hinfällig sei. Darüber hinaus sei er nicht sicher, ob hier wirklich ausgeschrieben werden müsse und ob es sich um einen Bauauftrag handele. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass der Antrag in der Dezember-Sitzung nicht ohne Ausschussberatung hätte gefasst werden dürfen und es zu diesem Zeitpunkt bereits drei Bewerber gegeben habe. Damit sei für ihn der Beschluss nicht „unter sauberen Voraussetzungen“ gefasst worden. Wenn man auch in diesem Fall nach dem Urteil des OLG Düsseldorf verfare, wäre das konsequent. Er spreche sich dafür aus, einen sicheren Weg zu gehen und ein sauberes Verfahren durchzuführen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine Ausschreibung auf Grund des Urteils des OLG Düsseldorf zwingend sei, weil mit dem Verkauf Investitionen von 5,15 Millionen Euro erwartet werden. Die jetzt vorliegende modifizierte Textfassung sei mit Vergabeexperten abzustimmen und dann in der Stadtverordnetenversammlung zu diskutieren. Diesem Verfahrensvorschlag stimmt Herr Schubert

zu und weist Herrn Dr. Scharfenberg gleichzeitig darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE am 06.12.2007 erstellt wurde und es zu diesem Zeitpunkt noch kein Urteil des OLG Düsseldorf gegeben habe.

Entsprechend des Vorschlags der Oberbürgermeisters ist die modifizierte Textfassung allen Fraktionen zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.

**zu 5 Schulstandort für die Hoffbauer-Stiftung**

**Vorlage: 08/SVV/0054**

Fraktion CDU

siehe Tagesordnungspunkt 4

**zu 6 Straßenbenennung in 14469 Potsdam - B-Plan 65 - Ruinenberg-Kaserne**

**Vorlage: 08/SVV/0127**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der Hauptausschuss beschließt:

Die neu entstehende nördliche und südliche Weiterführung der „Schmiedegasse“ in 14469 Potsdam soll benannt werden in „**Schmiedegasse**“.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 7 Besetzung der Stelle 214 411 01 - Hausmeister/in der Sportschule auf dem Sportareal Luftschiffhafen**

**Vorlage: 08/SVV/0143**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

**zurückgestellt**

**zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 8.1 Verwaltungsreform - Vorschlag zur Bündelung von Einzelvorhaben**

aus HA 12.12.08 - TOP 3.3

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert Herr Dr. Pokorny an Hand visueller Darstellung die bisherige Situation und unterbreitet einen Vorschlag zur kontinuierlichen Einbeziehung der Stadtverordneten unter der Maßgabe einer halbjährlichen Berichterstattung zu allen Themen, einer 2-jährigen Bilanz zur Verwaltungsreform und der Sicherung der Einbeziehung der Stadtverordneten in Schwerpunktthemen.

Der Oberbürgermeister schlägt zur weiteren Verfahrensweise vor, dass die Ausführungen dem Protokoll des Hauptausschusses beigefügt und allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses ist die Thematik erneut aufzurufen und zu entscheiden.

**zu 8.2 12. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 08/SVV/0076**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister und Herr Exner beantworten die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses, so von Herrn Dr. Scharfenberg zu den Auswirkungen der neuen Kommunalverfassung, zum Aufsichtsrat der Polo GmbH und zur Baugesellschaft Bornstedter Feld GmbH, von Frau Dr. Schröter zur Brandenburgischen Philharmonie, von Frau B. Müller zum Aufsichtsrat der Polo GmbH sowie von Herrn Schröder zur Grundstückspoolgesellschaft.

Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz, wann die gewünschten Informationen bezüglich der Risikodarstellung vorliegen werden, antwortet der Oberbürgermeister, dass dies noch vor der Sommerpause 2008 sein werde.

### **zu 8.3 Sozialrabatt beim Strom**

**Vorlage: 08/SVV/0069**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister informiert, dass im Ergebnis der Aufsichtsratssitzung am 07. Februar 2008 Gespräche mit dem Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz geführt werden, um den Adressatenkreis zu definieren. In der Aufsichtsratssitzung im Mai 2008 werde der Vorschlag der Geschäftsleitung erwartet. Herr Dr. Scharfenberg bittet um konkrete Überlegungen im Sinne des dazu gefassten Beschlusses.

### **zu 8.4 Garagenstandortkonzept**

**Vorlage: 08/SVV/0073**

Oberbürgermeister, KIS  
auch SB 26.02.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die ausgereichte Mitteilungsvorlage kein Konzept, sondern eine Zustandserfassung beinhalte. Die Fraktion DIE LINKE habe für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.03.2008 mit der DS 08/SVV/0107 einen entsprechenden Antrag eingereicht, der zur Problemlösung beitragen könne und er wolle dafür werben, sich diesen genau anzuschauen.

Herr Kümmel bedankt sich bei der Verwaltung und führt aus, dass sicher noch kein Konzept sondern nur der Status quo dargestellt sei. Im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen wurde zugesagt, dass der Arbeitskreis Garagenstandortkonzept zeitnah seine Arbeit aufnehmen werde und die Fraktionen aufgefordert seien, entsprechende Vertreter zu benennen.

### **neu Bodenreformland**

Frau Krusemark erläutert die historischen Hintergründe und die gegenwärtigen Maßnahmen, wie die Eigentümerrecherche bzw. der Bestimmung der gesetzlichen Vertreter in enger Zusammenarbeit mit dem Grundbuchamt. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie viele Grundstücke betroffen seien, antwortet Frau Krusemark, dass derzeit von 64 Grundstücken ausgegangen werde, die Zahl sich aber auf die Zeit vor der Eingemeindung im Jahr 2003 beziehe. Bezüglich der neuen Ortsteile sei die Recherche noch nicht abgeschlossen.

### **neu Biosphäre**

Die Ausführungen von Herrn Weise zu diesem Tagesordnungspunkt werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.



Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie auf die Rückläufigkeit der Besucherzahlen reagiert werde, welche Schlussfolgerungen über die Senkung der Eintrittspreise hinaus gezogen werden können, um den Betrieb rentabel zu gestalten sowie nach der Anzahl der Beschäftigten und einer diesbezüglichen Planung. Herr Weise antwortet, dass der Rückgang der Besucherzahlen mit entsprechenden Strategien, wie z.B. wechselnde Events versucht werde, aufzufangen. Mögliche Schlussfolgerungen bezüglich der Rentabilität könne er nicht nennen, da dies Bestandteil des Ausschreibungsverfahrens sei. Beschäftigt seien derzeit 27 Personen, davon 20 in Vollzeit und 3 Auszubildende.

Frau Bankwitz bezieht ihre Nachfrage auf das genannte Expertengremium und fragt, warum keine externen Fachleute einbezogen wurden, die über entsprechende Erfahrungen mit der Betreuung derartiger Anlagen verfügen. Dem entgegen Herr Weise, dass 4 externe Experten beteiligt waren, die im öffentlichen Teil jedoch nicht namentlich benannt werden können.

## **zu 9      Sonstiges**

### **Kaiserin-Augusta-Stift**

Auf die diesbezügliche Nachfrage von Frau Paulsen antwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass es keinen Antrag auf eine denkmalrechtliche Erlaubnis für eine Wohnnutzung gegeben habe und demzufolge auch keine Genehmigung. Beantragt worden sei eine denkmalrechtliche Genehmigung zum Einbau einer Treppe einschließlich eines Bodendurchbruchs; dies sei aber abgelehnt worden.

Als in einer Ortsbesichtigung festgestellt worden sei, dass der Durchbruch bereits existiere, habe die Verwaltung einen Baustopp ausgesprochen.

Bezüglich der Kritik, ein Schreiben des Landeskonservators nicht beantwortet zu haben, informiert Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass diese Antwort im Januar 2008 in der Art gegeben wurde, dass die private Nutzung durch die Untere Denkmalschutzbehörde abgelehnt worden sei. Ob die halböffentliche Nutzung der Kapelle ermöglicht werde, sei offen; hier werde noch recherchiert.

### **Finanzierung Kaiser-Wilhelm-Blick**

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine konkrete Information, wie die Finanzierung des so genannten Kaiser-Wilhelm-Blicks erfolgen soll.

### **Reinigung Stadtkanal**

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, wer die nun festgelegte wöchentliche Reinigung des Stadtkanals durch die Stadtwerke bezahlen werde.

### **Busverkehr Zentrum Ost**

Herr Dr. Scharfenberg bezieht seine Nachfrage auf eine Information an ihn, dass Zentrum Ost vom Busverkehr „abgeschnitten“ sei. Dies, so Frau Dr. von Kuick-Frenz, sei nicht zutreffend, es müsse lediglich wegen Brückenbauarbeiten ein Umweg gefahren werden. Wie lange das dauern werde, könne sie derzeit nicht sagen, werde eine entsprechende Information aber umgehend an die Fraktionen weitergeben.

### **Wissenschaftsbeauftragter**

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg teilt der Oberbürgermeister mit, dass ab April diese Funktion wahrgenommen werde.

### **Hedwig-Bollhagen-Haus**

Frau Dr. Schröter fragt nach dem Stand der Vorbereitungen und der Gestaltung des Museums. Der Oberbürgermeister antwortet, dass es am morgigen Tag Gespräche mit Herrn Prof. Sabrow vom Zentrum für Zeithistorische Forschung geben werde. Er verweist darauf, dass es umfangreiches Material gebe, was noch nicht gesichtet worden sei und deshalb meine er, könne der Termin der Ausstellungseröffnung wohl nicht gehalten werden. Dies werde erst erfolgen, wenn alle Fragen geklärt seien und eine entsprechende Darstellung der Vorgänge möglich sei.

### **Bäcker Mehrländer**

Frau Dr. Müller verweist auf ein Schreiben des Familienunternehmens Mehrländer und bittet, Möglichkeiten der Unterstützung beim Grundstückskauf zu prüfen und sich mit dem Problem im Hauptausschuss zu befassen. Der Oberbürgermeister sagt dies für die nächste Sitzung des Hauptausschusses im nicht öffentlichen Teil zu.